



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Was wollte Trudchen machen? Sie sagte Ja und nahm ihren Seifenfabrikanten — der Wohnung wegen, wie sie später behauptete, seiner mitleidigen Augen wegen, wie sich die Sache wirklich verhielt. Das geschah aber nicht in der halb gestrichenen Wohnung, sondern später im Hause der Frau Mutter, wie sich das gehörte.

Und die berühmte Antonie erhielt ihre Kündigung. Dafür hielt sie den beiden übrigen Genossenschaftertinnen bei der nächsten Gelegenheit eine Strafpredigt und schloß: Und daß ich es Ihnen nur sage, ich habe es schon lange zu der Matern gesagt, daß ich in diesem gottlosen Hause nicht bleibe, wo man nichts weiter thut, wie singen und rauchen und auf Triumphstühlen herumliegen, und wo man nicht einmal Zeit hat, zu einem feinen Begräbnisse zu gehn.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Europa, die Vereinigten Staaten und Südamerika. Ein Zusammenwirken zwischen Deutschland und England im fernen Ausland ist, mit Ausnahme der chinesischen Wirren, an deren Unterdrückung sich alle Mächte beteiligten, bis jetzt nur in dem einen Fall eingetreten, der augenblicklich die Welt beschäftigt. Die gemeinsame Aktion britischer und deutscher Kriegsschiffe an der venezolanischen Küste ist schon aus diesem Grunde ein wichtiger Vorgang, ganz abgesehen von seiner sonstigen Bedeutung. Sie beweist, was viele von Britenhaß verblendete Deutsche nicht zugeben wollen, daß ein Zusammengehn zwischen Deutschland und England gegebenenfalls sehr wohl von Wert sein kann. Und mehr als die Möglichkeit eines Zusammenwirkens in einem Einzelfall hat niemand gewollt. Nur diese darf nicht durch eine Geschäftspolitik, die sich stellenweise bis zum Paroxysmus gesteigert hatte, versperrt werden. An ein allgemeines Bündnis denkt kein Deutscher, ganz einerlei, wie sich England dazu stellt. Das britische Weltreich wäre vielleicht für ein Bündnis mit Deutschland zu haben, wenn wir ihm den Besitz Indiens gegen Rußland verbürgen wollten. Darauf kann das Deutsche Reich sich selbstverständlich niemals einlassen. England wäre dann „sein heraus,“ es hätte den Vorteil von Indien, während uns die Verteidigung dieses englischen Besitzes unter Herausforderung des russischen Hasses auf unser Haupt verbliebe. Und hier handelt es sich nur um ein Entweder—Oder, ein Mittelding giebt es nicht.

Auf einem völlig andern Blatt steht die Frage, ob wir uns die Bahn frei halten wollen, um gegebenenfalls mit England in Fragen zusammen zu wirken, die uns gerade so nahe berühren wie die Briten. Deren lassen sich sehr viele konstruieren, doch wäre es thöricht, sie hier aufzählen zu wollen. Eine haben wir ja in concreto vor uns: die venezolanische, und hier ist die gemeinsame oder parallele Aktion in vollem Gange. Dabei liegen aber die wichtigsten Fragen nicht im Vordergrund der Bühne, sondern weiter zurück, teilweise noch hinter den Kulissen. Venezuela hat 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner auf einem Gebiet von der doppelten Größe Deutschlands. Ein solcher Staat ist in der Aggressive ohnmächtig, in der Defensive stark. Will man mehr thun als die Häfen in Beschlag nehmen, so steht man vor einer schwierigen Aufgabe. Die Besetzung der Häfen hätten wir auch ohne England leicht ausführen können. Aber alsdann wäre ein gellendes Geschrei erhoben worden, das jedenfalls Deutschlands Ruf noch schlechter gemacht hätte, als er durch Unbesonnenheit und Ruhmredigkeit auf unsrer und Verleumdung auf feindlicher Seite schon ist; es hätte vielleicht eine unfreundliche Haltung der Vereinigten Staaten heraufbeschworen, sicherlich aber die Widerstandskraft der Venezolaner gehoben und Leben und Eigentum unsrer im Orinokostaat wohnenden Landsleute noch mehr bedroht. Das Zusammenwirken mit England hat dies alles

geglättet. Es hat den südamerikanischen Republiken gezeigt, daß die Rechnung auf Uneinigkeit zwischen den europäischen Großstaaten denn doch ein Loch haben kann. Die sehr weit verzweigte Hebearbeit gegen Deutschland sieht sich behindert, wenn auch viel Antipathie gegen unser Land in den englischen Blättern noch immer zu Tage tritt.

Vor allem hat die Verdächtigung schweigen müssen, daß Deutschland in Venezuela auf Landerwerb ausgehe. Nur wenn es das thäte, hätte man die Monroe-doktrin mit Erfolg anrufen können. Da das aber ausgeschlossen ist, so hat sich die offizielle amerikanische Politik von jedem Schritt zu Gunsten Venezuelas fern gehalten und Präsident Castros Hoffnungen auf mächtigen Beistand völlig enttäuscht. In der That ist in dieser Richtung auch Präsident Roosevelt, so freundlich er sonst zu dem Expansionsgedanken steht, ganz klar und folgerichtig gewesen. In seiner ersten Kongreßbotschaft vom Anfang Dezember 1901 sagte er: „Die Monroedoktrin stellt sich durchaus nicht irgend einer Nation der Alten Welt feindlich gegenüber, und noch weniger soll sie einen Übergriff einer Macht der Neuen Welt auf Kosten einer andern decken. . . . Wir gewähren keinem Staat Sicherheit gegen Strafe für ungebührliches Verhalten, es sei denn, die Strafe bestehe in der Erwerbung von Land durch eine außereuropäische Macht; und wir haben nicht den leisesten Wunsch, irgend welches Land von unsern Nachbarn zu erwerben.“ Und in Übereinstimmung damit heißt es in der neuen Botschaft vom 2. Dezember 1902: „Keine unabhängige Nation in Amerika braucht irgend welche Furcht zu hegen, von den Vereinigten Staaten angegriffen zu werden. Jede muß Ordnung in ihren Grenzen halten und ihre Verpflichtungen gegen die Ausländer erfüllen. Wenn sie dies thut, sei sie stark oder schwach, so möge sie versichert sein, daß sie nichts von Einmischung von außen zu fürchten hat.“

Darin ist dreierlei enthalten: 1. Die amerikanischen Staaten finden Hilfe bei der Union, wenn eine außereuropäische Macht ihnen Territorium zu rauben droht. 2. Sie finden keine Hilfe, wenn außereuropäische Mächte nur die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen fordern (was bei Venezuela der Fall ist). 3. Sie brauchen keine Sorge vor nordamerikanischen Angriffen zu haben.

Für Deutschland ist die Zeit, in Südamerika zu kolonisieren, vollständig vorüber. Das geben sogar Organe zu, die im Vordergrund des Kampfes für „schärfere Betonung unserer nationalen Ansprüche“ stehn. Es ist lächerlich, von Erwerbungsplänen durch deutsche Kolonisation zu sprechen. Am dichtesten wohnen die Deutschen im brasilianischen Staate S. Catharina, und doch machen sie unter 283000 Einwohnern nur 50000, d. h. ein Sechstel aus. In Rio Grande zählen die deutschsprechenden Brasiler unter 897000 Einwohnern nur 120000. Überall sonst sind sie Fremdlinge unter einer spanisch oder portugiesisch sprechenden Bevölkerung. Auch ist unsre Auswanderung nach Süd- und Mittelamerika ganz verschwindend.

	Gesamt- auswanderung	davon nach den Vereinigten Staaten	dem übrigen Amerika
1889	96070	84424	4655
1890	97103	85112	5703
1891	120089	108611	5647
1899	24323	19195	1976
1900	22309	19338	840
1901	22073	19516	684

Unsre Auswanderung nach Südamerika ist also niemals von großem Belang gewesen, überdies ist sie noch stark zurückgegangen. Die Masse der Einwanderer nach Südamerika kommt von Italien und Spanien. Im Jahre 1898 wanderten 53822 Personen nach Brasilien ein, darunter waren nur 785 Deutsche; 1900 kamen nach Argentinien 105902 Personen; in demselben Jahre gingen aus Deutschland nach ganz Amerika ohne Vereinigte Staaten und Brasilien 364 Personen. Die deutsche Auswanderung nach Südamerika ist also gegenüber der sonstigen dor-

tigen Einwanderung verschwindend. Auf Grund von Kolonisation kann also so wenig eine Erwerbung amerikanischen Gebiets in Aussicht genommen werden wie auf jede andre Weise.

In Deutschlands Interesse liegt die Unabhängigkeit Süd- und Mittelamerikas. Und darin begegnet es sich ganz dem englischen. Für die Vereinigten Staaten hat Präsident Roosevelt in den beiden erwähnten Botschaften dasselbe proklamiert. Er ist ein Ehrenmann, an seinen Worten darf man nicht zweifeln. Etwas anderes ist es, ob immer ein so besonnener Mann an der Spitze der großen Republik stehen wird. Volkseidenschaften, wirksam angefaßt, reißen in einer Republik, die sich aller zwei Jahre ein neues Repräsentantenhaus und aller vier Jahre einen neuen Präsidenten giebt, leicht die offizielle Politik mit fort. Solche Leidenschaften sind vorhanden. Seit dem raschen und glücklichen Kriege gegen Spanien spielen Expansion und Imperialismus eine große Rolle im Sinne und Trachten des amerikanischen Volkes. Die schutzöllnerischen Großfabrikanten im Nordosten hatten schon viel länger ihr panamerikanisches Programm. Sie wollen möglichst viele neue Märkte erobern und durch ihre Zollgrenzen die europäische Konkurrenz davon aussperren. Die Blaineshen „Reziprozitätsverträge“ waren Werkzeuge zu diesem Zweck. Die Annexion Hawaiis, Portorikos und der Philippinen hat noch vollständigere Arbeit gemacht. Kuba wird aller Wahrscheinlichkeit nach nur ganz vorübergehend eine selbständige Existenz haben. So ist es denn sehr begreiflich, daß sich der Blick einen weiteren Horizont sucht.

Auch in Südamerika ist man für diese Dinge nicht blind geblieben. Der panamerikanische Gedanke hat dort keine Fortschritte gemacht; auch die „panamerikanische“ Ausstellung in Chicago und der „panamerikanische Kongreß“ in Mexiko haben das wachsende Mißtrauen nicht zu beschwichtigen vermocht. Nach der wirtschaftlichen Bevormundung durch den Norden trägt man kein Verlangen. Mögen die nordamerikanischen Exporteure nun durch „Reziprozitätsverträge“ oder durch Annexion ihr Absatzmonopol im Süden erhalten: die dortigen Konsumenten müssen alsdann ihre Bedarfsartikel gerade so teuer bezahlen wie jetzt, aber wenn diese dann aus dem Norden kommen, so liefern sie kein Geld in die Zollkassen, und die Bürger Südamerikas müssen für ihre eignen Staatszwecke die Mittel dann auf andre Weise aufbringen. Die Korruption ist ja leider auch in Südamerika wohlbekannt. Aber am wenigsten kann man es leiden, wenn die bestechlichen Beamten und die betrügerischen Lieferanten ihren Raub im fernen Lande verzehren. Die Besorgnisse in Südamerika gehn aber noch viel weiter. Man fürchtet, daß die mächtige Union unter dem Vorwande, den kleinen Schwestern im Süden helfen zu wollen, allmählich die Stellung einer anerkannten Schutzmacht erlangt. Schon vor einigen Jahren erregte es große Erbitterung im Süden, daß ein nordamerikanisches Kriegsschiff den Amazonasstrom hinauffuhr, ohne zuvor die übliche und völkerrechtlich sanktionierte Erlaubnisforderung bei der Landesregierung erledigt zu haben. Bei einer Wiederholung in diesem Jahre hat man die Formalität allerdings peinlich beobachtet. Dafür haben sich aber wichtigere Dinge am obern Amazonasstrom, vielmehr an seinem mächtigen Nebenfluß, dem Madeira, zugetragen. Es giebt dort einen auf allen Karten verzeichneten, im Stielerischen Atlas Bolivia zugeschriebenen dreieckigen Zipfel Landes, der in Wahrheit zwischen Brasilien und Bolivia streitig ist. Verschiedne Verträge zwischen den beiden Staaten, die die Sache ins reine bringen sollten, verfehlten ihren Zweck. Seit dem vorigen Jahre organisieren sich in Manaus, der Hauptstadt des brasilianischen Staates Amazonas, Vanden, um dieses Gebiet — es nennt sich Acre — für Brasilien zu gewinnen oder als selbständige Republik zu organisieren. An ihrer Spitze steht Galvez, ein prachtvoller Typus des südamerikanischen Condottiere. Ihm und seinen Vanden ist es wohl am meisten darum zu thun, bei ihren „Befreiungs“feldzügen Beute an Gummi elastikum zu machen, das dort in großer Menge gewonnen wird und in den Haciendas vorrätig lagert. Der Staat Amazonas hat sträflicherweise und im Gegensatz zur Zentralregierung in Rio de Janeiro die Unternehmung geduldet.

Bolivia hat einmal mit Erfolg Truppen gegen die Abenteurer aufgeboten und dann das ganze Gebiet mit allen obrigkeitlichen Rechten auf 99 Jahre an einen nordamerikanischen Trust verpachtet. Wenn etwas im Süden verhaßt und gefürchtet ist, so sind es die Yankee trusts. Brasilien bestreitet nun mit verdoppeltem Nachdruck Bolivien das Recht, das Gebiet von Acre zu verpachten. Inzwischen ist Galvez mit seiner Bande zur offenen Erklärung der Republik Acre übergegangen.

Kleiner sind die nordamerikanischen Eingriffe in Kolumbien. Auch dort tobt wie in Venezuela die Revolution. Nun haben sich die Vereinigten Staaten das große Verdienst erworben, durch Ausschiffung von Truppen in Panama und Colon den Isthmusverkehr zu sichern. Kolumbien sieht das aber als eine unerlaubte Einmischung an und rächt sich, indem es erhöhte Forderungen für den Bau des Panamakanals aufstellt. Chile liegt in einem alten Streit mit seinem nördlichen Nachbar Peru. Es hat sich erst bereit erklärt, den panamerikanischen Kongreß zu beschicken, nachdem ihm verbürgt worden war, daß sein Streit mit Peru nicht vor das Schiedsgericht dieses Kongresses gezogen werden sollte. Mit unverbrüchlicher Konsequenz hat Argentinien jegliche Annäherung an die Union zurückgewiesen. Freundschaft und Kundschaft Europas sind ihm viel wichtiger. Venezuela allein wendet sich jetzt an die Vereinigten Staaten, aber offenbar nur unter dem Druck einer augenblicklichen Notlage.

Man sieht also nahezu ganz Südamerika mit Abneigung jeden Versuch, eine Vormundschaft des Nordens zu errichten, abzuwehren. Europäische Bestrebungen, es darin zu unterstützen, sind keineswegs aussichtslos. Man kann sagen, daß sich die Verhältnisse völlig umgekehrt haben. Von Europa geht kein Versuch mehr aus, die Unabhängigkeit Südamerikas anzutasten, vielmehr gebietet das eigne Interesse Europas, diese mit allen Kräften zu stützen und zu kräftigen. Und dabei sind die europäischen Interessen solidarisch. Keine Macht könnte es sich als einen Vorteil deuten, wenn ein Teil Süd- oder Mittelamerikas unter die „Kontrolle“ der Vereinigten Staaten gelangte. Denn, ob ausgesprochen oder unausgesprochen, deren Tendenz geht immer dahin, durch Zölle und andre Abwehrmaßregeln die europäische Konkurrenz fern zu halten und den Markt allein in Beschlag zu nehmen. Bleiben die süd- und die mittelamerikanischen Staaten unabhängig, so konkurrieren Europa und Nordamerika unter gleichen Bedingungen.

Allen den Republiken ist die Kundschaft Europas um ein Vielfaches wichtiger als die der Vereinigten Staaten, und so werden sie auf die Dauer diesen freiwillig keine Vorzugstarife einräumen. Die jetzige nordamerikanische Regierung hat sicherlich keinerlei aggressive Absichten gegen die südlichen Republiken. Was aber einst an ihrer Stelle in Washington regieren wird, weiß kein Mensch. Und da ist es doch für Deutschland und England als den beiden hauptsächlichsten Ausfuhrländern, dann aber auch für Frankreich, Belgien, Spanien, Italien geboten, mit allen Mitteln auf den Schutz der Unabhängigkeit Süd- und Mittelamerikas hinzuwirken. Die Monroe doktrin wird jetzt nicht von Europa bedroht, vielmehr geradezu geschützt. Nur muß man sie dahin interpretieren: Amerika nicht den Nordamerikanern, sondern Nordamerika den Nordamerikanern, Südamerika den Südamerikanern.

Ihren wirksamsten Schutz müssen die südlichen Republiken in der Hebung ihrer Staaten suchen. Wege, wie sie Präsident Castro einschlägt, müssen gerade ihnen zum Verderben reichen. Dem Aufruhr und dem Bürgerkriege muß ein Ende gemacht werden. Reformen im ganzen Staatsgefüge müssen es unmöglich machen, daß sich Präsidenten und Machthaber bereichern. Ist man dazu gelangt, so fällt der hauptsächlichste Anreiz zur Revolution weg. Dann können Ruhe, Ordnung, bürgerlicher und äußerer Frieden ihre wohlthätige Macht entfalten. Vielleicht wäre der wirksamste Schutz, den sie sich darüber hinaus noch bereiten könnten, die Bildung eines Bundes der süd- und der mittelamerikanischen Republiken. Eine Religion, ein Kulturstand, nahezu eine einzige Sprache und eine einzige Nationalität — das sind schon mächtige Bindemittel. Sie haben zusammen etwa

45 Millionen Einwohner: über einen solchen Bund gehn auch die expansionslustigsten Großstaaten nicht leicht zur Tagesordnung über. Gemeinsame Besorgnis vor einer gemeinsamen Gefahr kann die entgegenstehenden Hindernisse wohl überwinden.

E. F. Seemann

Venezolanisches Staatsrecht. Man könnte behaupten: jeder Erdteil hat den Wetterwinkel, den er verdient. Auf Europa, Asien und Afrika mag dies zutreffen, aber auf Südamerika nicht. Die ganze geschichtliche Entwicklung beweist, daß dort moderne Kultur und veraltete Sitten, rohe Machtverhältnisse und gut ausgearbeitete Gesetze, mit einem Worte: Wille und Fähigkeit im schweren Kampfe um die Oberhand ringen. Verfehlt wäre es also, hier, weit vom Schusse aber auch weit von den Thatfachen, vorschnell zu urteilen. Will man gerecht sein, so soll man erwägen, daß nur eine lange Entwicklung, deren Ende auch nicht eine große Flotte von nordamerikanischen oder gar europäischen Schiffen herbeiführen wird, den Ländern des südamerikanischen Kontinents den von ihnen selbst gewünschten Frieden bringen kann.

Liest man die jüngsten Zeitungsberichte über Venezuela, dann ist man ordentlich froh, daß man recht weit von dieser Gegend entfernt ist, dann ist man aber auch empört darüber, daß solche Zustände heutzutage noch vorkommen können. Da kämpft Präsident Castro, vereinigt mit General Garrido, gegen den aufständischen Mendoza, da bricht das Kriegsschiff „Restaurador“ unter falscher Flagge in Ciudad Bolívar ein und bombardiert die Stadt; da werden oder sollen schließlich alle Kabel zerstört werden. Ein Gebiet des Bundesstaats erklärt sich endlich gar für unabhängig und erklärt einem andern Bundesgliede den Krieg. Des Schlimmsten beinahe zu viel! Obwohl ich nicht einen Augenblick zweifelte, daß wir bald noch Schlimmeres hören werden. (Diese Voraussage, die ich vor längerer Zeit machte, als ich diese Zeilen schrieb, ist nun eingetroffen.) A la guerre comme à la guerre. Es liegt mir fern, damit diese Vorgänge zu entschuldigen oder gar zu verteidigen. Ich will nur hervorheben, daß die Zustände in Venezuela uns verständlicher und in richtigem Lichte erscheinen werden, wenn wir die Geschichte und das Staatsrecht Venezuelas näher betrachten.

Ich glaube, mit dem folgenden vielen etwas Neues oder jedenfalls bisher nicht Bekanntes zu bringen. Denn die staatsrechtliche Litteratur ist bis auf Westerkamp, der sich zum erstenmal damit beschäftigte, achtlos, ja beinahe geringschätzig an den Erscheinungen des südamerikanischen Staatslebens vorübergegangen. Ich habe nach Möglichkeit das gut zu machen gesucht (in *De Fur und Posener, Bundesstaat und Staatenbund*, 1902, Band I, Seite 229 ff.) und will hier in Kürze auf die Geschichte und die gegenwärtige, sehr interessante Verfassung Venezuelas eingehn. Die Selbständigkeit Venezuelas stammt, wie die der andern südamerikanischen Staatenverbindungen, aus der Zeit seiner Erhebung gegen das europäische Mutterland. Der Priester Madariaga und der Oberst Bolívar leiteten den Aufstand in Caracas, und schon am 5. Juli 1811 erklärte sich die Konföderation von Venezuela für unabhängig. Die Versuche Spaniens, das Land wiederzuerobern, schlug Simon Bolívar zuletzt 1814 zurück. Am 6. Mai 1821 vereinigte Bolívar Venezuela mit Neu-Granada und Ecuador zu einem neuen Bundesstaate, Kolumbien. Bolívar plante, nachdem er auch Peru und Bolivien befreit hatte, einen großen Bund der spanischen Kolonien in Südamerika. Auf dem Kongresse zu Caracas sollte diese in ihrer Ausdehnung einzig dastehende Staatengründung vor sich gehn. Aber hier kam es vor Streit und Parteilagen nicht zur Einigkeit. Bolívar selbst, der Freiheitsapostel und unermüdete Kämpfer, wurde damals von dem peruanischen Minister des Auswärtigen angeklagt, daß er nach der Kaiserkrone strebe.

Bald wurde auch das engere Band der Kolonien gelöst: Venezuela und Caracas trennten sich 1829, Ecuador erklärte sich im Mai 1830 zu Quito für unabhängig. Venezuela gab sich am 22. September 1830 eine Verfassung, die sowohl Züge der Zentralisation als der Föderation enthielt. Wie gleich an dieser

Stelle bemerkt werden soll, ist gerade der Umstand, daß eine Verfassung zu unionistisch oder nicht unionistisch ist, der stete Anlaß zu Bürgerkriegen in Südamerika und in Mexiko gewesen. Er wird auch gegenwärtig die Hauptursache der Unruhen in Venezuela sein. Die Anhänger der Zentralisation wollen eine starke Bundesregierung und sehr abhängige, namentlich zahlende Einzelstaaten. Die Föderalisten wünschen vollkommene Gleichberechtigung und keine Hegemonie eines mächtigen Vorortes.

Nach den Verfassungsänderungen von 1857 und 1858 kam es zu einem dreijährigen Bürgerkriege, worin die Föderalisten siegten. Die Regierungspartei, selbst zentralistisch gesinnt, mußte mit den Siegern einen Vertrag schließen, der ihnen Vorteile bei der Präsidentenwahl sicherte. Es kam denn auch ein Föderalist, der General Falcon, ans Ruder. Am 28. März 1864 erhielt Venezuela eine reine Bundesverfassung und nahm die Bezeichnung „Vereinigte Staaten von Venezuela“ an. Von hier stammt die neuere politische Geschichte des Bundes.

Bis 1881 bestand Venezuela aus zwanzig sehr selbständigen Staaten. Durch die Verfassungsänderung von 1881 wurden die Staaten in Sektionen umgewandelt und unter acht *Grandes Estados* verteilt, zu denen noch der Bundesdistrikt, sechs Territorien und zwei Kolonien hinzukamen. Die neueste, jetzt geltende Verfassung vom 21. Juni 1893 hat nur teilweise den frühern Zustand wieder hergestellt: die Sektionen, die schon 1864 unabhängige Staaten waren, können wieder Staaten werden, sobald sie hunderttausend Einwohner haben und sich zwei Drittel der Distrikte dafür erklären. Schon in dieser Bestimmung des Artikels 4 der venezolanischen Verfassung liegt ein Anlaß zu Hader und Streit, denn die Zahl der Parteigänger für und wider eine Unabhängigkeitserklärung schwankt. Rasch ist auch die südamerikanische Abstimmung mit den Waffen bewerkstelligt worden. Selbständige Einzelstaaten sind folgende neun: Los Andes, Bermudez, Bolivar, Carabobo, Falcon, Lara, Miranda, Zamora, Zulia. Hierzu kommen noch der Bundesdistrikt Caracas und die sechs Territorien: Colon, Guajira, Delta, Yuruari, Alto Orinoco und Amazonas.

Die Verfassung zeigt die Merkmale aller bekannten bündischen Staatenbildungen. Nur der Bund ist für die auswärtigen Angelegenheiten, also für Kriegserklärung, Friedensschluß, Gesandtschaftsrecht und Verträge mit dem Auslande, zuständig. Sehr interessieren dürfte übrigens die — leider nur theoretische — Bestimmung des Artikels 111 der Bundesverfassung, wonach ausdrücklich in alle internationalen Verträge eine Bestimmung aufgenommen werden muß, kraft deren etwaige Streitigkeiten der vertragschließenden Mächte nicht durch Krieg, sondern durch ein Schiedsgericht eines oder mehrerer befreundeter Staaten entschieden werden sollen. Für die Gesetzgebung über Post und Telegraphie, für Heeresorganisation und Armeeverwaltung ist der Bund allein zuständig. Namentlich untersagt die Verfassung den Einzelstaaten alle militärischen Operationen gegen den Bestand des Bundes oder anderer Einzelstaaten. Insbesondere wird in Artikel 13 verboten, daß Einzelstaaten gegeneinander Gewalt brauchen: sie sollen ihre Zwistigkeiten vielmehr dem Bunde unterbreiten und von diesem schlichten lassen.

Die Gesetzgebung übt ein Kongreß aus, der aus Deputiertenkammer und Senat besteht. Grundsätzlich tagen und beschließen beide Kammern getrennt, wie im Deutschen Reich Reichstag und Bundesrat. Zum Kongreß unter Vorsitz des Senatspräsidenten treten sie nur in besondern Fällen, z. B. bei der Wahl eines Bundespräsidenten zusammen. Ein Gesetz kommt zu stande, wenn die Mehrheitsbeschlüsse beider Körperschaften übereinstimmen. Einige Vorrechte hat noch die Deputiertenkammer, so die Prüfung der Jahresrechnungen, die Erteilung von Mißtrauensvoten an Minister, die Ernennung des Generalstaatsanwalts.

Die Exekutive ruht beim Bundespräsidenten und dem Regierungsrate. Dieser ist eine ganz besondere Behörde, die auch keine Ähnlichkeit mit dem schweizerischen Bundesrat aufweist. Er ist aus neun Vertretern der neun Einzelstaaten zusammengesetzt und vorzugsweise zur Beratung des Bundespräsidenten und der Minister

bestimmt. In gewissen Fällen ist sogar seine Zustimmung einzuholen. Der Bundespräsident wird auf vier Jahre gewählt, bei seiner Behinderung vertritt ihn der Präsident des Regierungsrats. Die Wahl erfolgt nach dem Artikel 63 durch das ganze Volk; hat kein Kandidat die absolute Mehrheit, dann nimmt der Kongreß die Stichwahl vor. Ist der Kongreß nicht beschlußfähig, dann nimmt das Oberbundesgericht seine Stelle ein. Die äußern Bundesangelegenheiten stehen unter dem Bundespräsidenten, ebenso das Heer. Im Einverständnis mit dem Regierungsrate darf er Streitigkeiten der Einzelstaaten im Notfalle mit Waffengewalt schlichten.

Die sieben Minister Venezuelas werden von dem Präsidenten ernannt und entlassen; gewöhnlich — nicht etwa wie in parlamentarisch regierten Staaten: immer — werden sie der Kammermehrheit entnommen. Die Regierungsakte des Bundespräsidenten bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers, damit sie gültig und verbindend werden. Der Bundespräsident ist nicht unverleßlich: er kann, ebenso wie die höchsten Bundesbeamten, vor dem Oberbundesgericht abgeurteilt werden. Dieses Gericht ist auch für Kompetenzkonflikte und Streitigkeiten öffentlich-rechtlicher Art zwischen Bund und Einzelstaaten zuständig. Neben dem Oberbundesgericht besteht mit besondrer Kompetenz ein Kassationshof. Am wichtigsten — namentlich in Anbetracht der so häufig wiederkehrenden Umsturzbestrebungen — erscheinen die Bestimmungen der Artikel 152 ff. über die Verfassungsänderung. Grundsätzlich kann die gegenwärtige Verfassung nur unter folgenden Modalitäten geändert werden: Die Initiative geht von den Einzelstaaten aus; der Kongreß muß in ordentlicher Sitzung die Abänderung beschließen; eine Dreiviertelmehrheit der gesetzgebenden Körperschaften sämtlicher Einzelstaaten muß sich in ordentlicher Tagung dafür erklärt haben. Damit ist der Antrag auf Verfassungsänderung zwar angenommen: in Kraft tritt er jedoch erst dann, wenn für sämtliche Organe, die bei dem Antrag und seiner Erledigung thätig waren, Neuwahlen ausgeschrieben und durchgeführt worden sind.

Dieser kurze Überblick über eine der ausführlichsten Bundesverfassungen dürfte gezeigt haben, daß es dem Lande nicht an guten Gesetzen fehlt, die ihm Frieden und Ordnung vorschreiben. Aber es fehlt an einem ruhigen Bürgerstande, der Achtung vor den Ansichten und der Existenz seines Nächsten hat, es fehlt an verständnisvoller Unterordnung der Einzelstaaten unter das Ganze, es fehlt schließlich an einer besonnenen und friedfertigen Zentralgewalt, die bei den anerkannt schwierigen Verhältnissen ohne Blutvergießen und ohne Völkerrechtsbruch den Weg einer ehrlichen, ruhigen Vermittlung zu finden weiß. Nur eine lange, ununterbrochne Kultivierung der breiten Massen des Volks wird Venezuela den Frieden, den ausländischen Interessenten Sicherheit und Schutz geben können.

Stettin

Paul Posener

Ein Gnostiker. In Steffensen (Grenzboten 1890 IV, 535 und 1895 II, 199) und Kocholl haben wir zwei Geschichtsphilosophen gnostisch-manichäischer Richtung kennen gelernt. Auch der Klostoder Theologieprofessor Michael Baumgarten, den erlittene Verfolgung weit über den Kreis der Fachgenossen hinaus bekannt gemacht hat, glaubte an den persönlichen Teufel und gründete seine Theologie auf diesen Glauben. In den „Nachtgesichtern Sacharjas“ schreibt er: „Das unbefangne Menschheitsbewußtsein weiß ebenso bestimmt von einer bösen wie von einer guten Macht, der das menschliche Leben und Sein unterstellt ist, und wir finden unter allen Völkern diesen Dualismus nicht etwa eigens behauptet und gelehrt, sondern als unantastbare Voraussetzung aller Weltanschauung und Lebenserfahrung. Dieses schlichte und einfache Volksbewußtsein will die Aufklärung zu berichtigen suchen.“ Der klügelnde Verstand mühe sich jedoch vergebens ab, in die durch diesen Dualismus gespaltene Welt Einheit zu bringen. Diese Stelle zitiert Johannes Pestalozzi, der von Baumgarten stark beeinflusst zu sein scheint, in seiner Schrift: Vertiefte Gottes-, Welt- und Selbsterkenntnis, das große Bedürfnis der Christenheit und der Kirche unsrer Tage (Stuttgart, Max Kiehlmann, 1902). Pestalozzi

hat sich auf Grund biblischer Andeutungen eine Weltansicht gebildet, die man gnostisch nennen darf, weil sie ein Wissen vom Unwißbaren zu sein beansprucht. Ihre Hauptdogmata sind die folgenden. Ein Engel hat versucht, seine Abhängigkeit von Gott zu durchbrechen, und dadurch den Frieden des Gottesreichs gestört. Der Kampf zwischen Gott und seinem Widersacher dauert bis zum Ende der Zeiten. Gott wollte den Teufel nicht vernichten, sondern nur ein Strafurteil an ihm vollziehen, aber erst, nachdem die Frevelthat durch Gutthat ausgeglichen sein würde. Zu diesem Zweck schuf er die Körperwelt mit dem Menschen. Denn daß die Schöpfung den Zweck hätte, Gottes Liebe zu befhätigen, kann man bei der Unmasse von Elend nicht glauben. Die Gutmachung — Korrektur sagt Pestalozzi — des Frevels muß im Gehorsam bestehen. Der Mensch muß in den satanischen Frevel verstrickt werden und die Verstrickung überwinden. Damit diese Überwindung vollständig sei, muß dem Satan Raum und Zeit gegeben werden, seine Macht vollständig zu entfalten. Es ist ihm ein Zeitraum von 6000 Jahren und die ganze Menschheit zum Kampfplatz gegönnt worden. Die Menschenseele ist also Schauplatz des großen Welt dramas und zugleich Werkzeug zur Überwindung Satans. Der Mensch hat keinen freien Willen, sondern alles höhere Geistesleben ist Inspiration des Satans oder Gottes. (Ein sehr berühmter Mann — die Gelehrten wissen, wer er ist — hat den Willen ein Pferd genannt, das abwechselnd Gott und der Teufel reitet.) Der Übergang aus dem teuflischen in den göttlichen Einflußbereich wird von der Schrift Wiedergeburt genannt. Die Taufe ist, wie schon die tägliche Erfahrung lehrt, keineswegs das Bad der Wiedergeburt; lebt doch die Masse der Getauften nicht anders als die Heiden. Da aber dem Satan niemand als Gott selbst gewachsen ist, so mußte er selbst Mensch werden und durch Leiden und Tod seinen Gehorsam beweisen. Nicht den Charakter eines Sühnopfers trägt der durch einen Justizmord herbeigeführte Tod Jesu, denn Gott hat durch die Propheten ausdrücklich verkündigt, daß er blutige Opfer nicht mag, sondern nur der Gehorsam bis in den Tod verleiht ihm Wert. Deshalb ist die Idee des katholischen Messopfers wie auch die des protestantischen Abendmahls falsch, und auch schon Paulus hat in diesem Stück getrrt; Gott verzeiht die Sünden aus Erbarmen; wenn er sich die Sündenschuld bezahlen ließe, so bliebe für das Erbarmen kein Raum.

Ein großartiges Welttableau, das Menschen von einer bestimmten Eigentümlichkeit als Theorie und als Orientierungsplan für ihr Handeln genügen mag. Den Lehrern des Volkes und der Jugend möchten wir seine Anerkennung nicht empfehlen. Wir glauben, daß der „klügelnde Verstand“ durch die Bekämpfung des Dualismus der Menschheit eine große Wohlthat erwiesen hat. Werfen wir einen Blick in die Schule, deren kleine Welt so ausschließlich auf dem Gehorsam beruht, wie nach Pestalozzi die große! Die Bublein haben zuerst ihre Muttersprache lesen und schreiben, dann fremde Sprachen, niederes und höheres Rechnen zu lernen. Das ist kein Vergnügen (Naturgeschichte, Geographie, Geschichte, Naturkunde, die bereiten, wenn sie nicht gar zu ungeschickt angefaßt werden, an sich selbst Vergnügen), sondern eine mühselige, auch mit körperlichen Beschwerden verbundene Arbeit. Dennoch gelingt es ausgezeichneten Lehrern, daß alle ihre Schüler diese Arbeit willig verrichten, und daß keiner sich der Sünde des Ungehorsams, der Auflehnung gegen einen unbequemen Zwang schuldig macht. Sehr ungeschickte Lehrer dagegen haben beständig über Rebellion zu klagen. Sie kämpfen mit Schlägen gegen den Widerstand an und verstärken ihn dadurch. Und aus dem Haß, den der Krieg zwischen Lehrern und Schülern auf beiden Seiten erzeugt, kriecht das giftige Gewürm von einem Duzend andern Sünden aus: Bosheit, Rachsucht, Grausamkeit, Schadenfreude, Lüge, Verstellung, Betrug, Hinterlist. Wie in der Schule, so gehts in der Familie, auf dem Gutshofe, in der Werkstatt, im Kriegsheere, in der Gemeinde, in dem Staat zu. Da haben wir also die ganz natürliche Entstehungsweise des Bösen und brauchen keinen Teufel dazu! Daß kein vernünftiger und erfolgreicher Unterricht möglich war, solange man die Ursache der Halsstarrigkeit und Faulheit der Schüler im Teufel und in dem durch die Sünde verdorbnen Willen suchte, statt in der

schlechten Lehrmethode, in der falschen Disziplin und in ungünstigen Verhältnissen, das bestreitet heute wohl niemand mehr. Schon vor 800 Jahren sagte Anselm von Canterbury einem Klosterabt, der sich über die Roheit und den Stumpfsinn seiner Zöglinge beklagte, die er vergebens mit Schlägen zum Guten zu zwingen suche: Eine traurige Erziehung das, mit der ihr aus Menschen Vieh und wilde Tiere macht! Liegt es nun nicht nahe, alles sittlich Böse auf gleiche Weise zu erklären? Die tiefste Wurzel freilich: der Ratschluß Gottes, eine Welt zu schaffen, in der sich Natur, menschliches Unvermögen und menschlicher Unverstand vereinigen, immer wieder aufs neue Böses zu erzeugen, der bleibt uns verborgen; aber um vernünftig und heilsam zu wirken, bedürfen wir der Kenntnis dieses Ratschlusses nicht. Möchte in diesem der Teufel auch wirklich eine Rolle spielen, für die Praxis, das sagt uns eine zweitausendjährige Erfahrung, ist es weit nützlicher, wenn wir ihn aus dem Spiele lassen und nur die Beweggründe und Bedürfnisse der Menschen, ihren Verstand und ihren Unverstand in Rechnung stellen.

Der Kritik des heutigen Kirchenwesens in der vorliegenden Schrift können wir beipflichten. Der Verfasser findet ihre Verfehlungen u. a. darin, daß die katholische Kirche die Welt zu beherrschen suche, die protestantischen Kirchen ihr allzu sehr dienen. Er schreibt: Es giebt keinen christlichen Staat und kann keinen geben, und weist auch die Einbildung zurück, das echte und wahre Christentum sei ein Privilegium der Deutschen. (Es giebt heutzutage mancherlei Artentonen; die um Schöneres jammern darüber, daß Judentum und Christentum die Deutschen verdorben und ihnen ihre eigentümliche Religion geraubt hätten.) Diese Kritik hängt durchaus nicht so eng mit Pestalozzis Theologie zusammen, daß sie durch deren Ablehnung hinfällig würde. Mit seiner Theologie will er den Zeitgenossen zur wahren Gottes-, Welt- und Selbsterkenntnis verhelfen. Nun bekennet er aber selbst, daß die Belehrung nicht ausreicht, wo die persönliche Erfahrung fehlt, die allein eine Gotteserkenntnis und eine Glaubenskraft erzeugen könne, wie sie Paulus hatte. Das ist vollkommen richtig. Wir aber folgern daraus zweierlei. Erstens lassen sich weder innere noch äußere Erfahrungen erzwingen. Was Musik ist, kann keiner wissen, der nie Musik gehört hat. Die ungeheure Mehrzahl der Menschen aber gleicht in Beziehung auf die Wahrnehmung des Göttlichen einem Stocktauben. Folglich kann Gott gar nicht wollen, daß alle Menschen im höchsten Sinne des Wortes Christen seien; hätte er es gewollt, so hätte er ihnen die äußern Fügungen und das innere Organ zu ihrer Wahrnehmung nicht versagt. Zweitens machen andre ganz andre Erfahrungen als Pestalozzi, und sie glauben aus diesen Erfahrungen entnehmen zu sollen, daß die Welt keineswegs, wie Pestalozzi glaubt, überwunden, der Weltförm vernichtet werden soll; sie finden, daß ohne die Welt und den Weltgeist das echte Christentum und sein Gottesgeist gar nicht da sein, sich nicht bethätigen könnten, und sie vermuten, daß die Welt nicht vom Teufel, sondern sozusagen das Weben der linken Hand Gottes ist, die mit der rechten zusammen der Gottheit lebendiges Kleid wirkt. Aus so verschiedenen Erfahrungen folgern wir, daß der einen nicht Alleinberechtigung zuerkannt werden darf.

Eine konfessionelle Friedensliga? „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Dieses oft zitierte Wort bezeichnet am besten die Aufnahme, die der Versuch, auf eine konfessionelle Friedensvereinigung hinzuwirken, bei den meisten in Nord- und Süddeutschland gefunden hat. Und doch haben wir keine Veranlassung, den Gedanken an einen Friedensbund aufzugeben und alle dahin zielenden Pläne in das Reich utopistischer Träumerei zu verweisen; denn große, kühne Unternehmungen pflegen nicht über Nacht fertig dazustehn, sondern bedürfen meist einer langsamen, stetigen Entwicklung. Warum sollte es in diesem Fall anders sein?

Ja, auch dann, wenn der Versuch zu Wasser werden sollte, würde das Bewußtsein, etwas Gutes für die Wohlfahrt der Nation gewollt zu haben, reichlich trösten und die leidige Empfindung der Enttäuschung völlig aufheben. Noch sind wir nicht so weit. Auch auf die Gefahr hin, zu den unverbesserlichen Idealisten

gezählt zu werden, werden wir dafür sorgen, daß die Idee eines konfessionellen Friedensstandes nicht so rasch zu Grabe getragen werden wird. Der Stein ist ins Rollen gebracht, und da es auch im Reich des Geistes gesetzmäßig zugeht, so wüßten wir nicht, weshalb diese Bewegung plötzlich ins Stocken geraten sollte. So manches Problem, das anfangs unlösbar erschien, hat danach doch noch seinen Entdecker gefunden. So wird es auch mit diesem Problem gehn. Es bedarf nur der Ausdauer und eines Glaubens an den gesunden Kern der deutschen Nation, dann wird der Fortschritt nicht fehlen.

In weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung hat man das gegenseitige konfessionelle Kämpfen und Streiten gründlich satt. Das deutsche Volk, das ohnedies unter der Misere des industriellen Niedergangs, der ja hoffentlich bald seinen tiefsten Stand erreicht haben wird, unsagbar leidet, sehnt sich seit langem schon in seinem religiös-kirchlichen Leben nach Ruhe und Frieden. Der Kampf war vormals notwendig, aber unnötig und verderblich ist es, ihn ohne Not jetzt weiter fortzusetzen. Als nach der Beendigung des Kulturkampfes, bei dem der preußische Staat weltliche und geistliche Waffen verwechselte, der gesamte deutsche Protestantismus gefährdet erschien, da mußte zu dem Schwerte scharfer, rückhaltloser Auseinandersetzung gegriffen werden. Das war in den achtziger Jahren. Die Zeiten sind anders geworden, die Lage hat sich verschoben, das Bild hat sich verändert. Heute bricht sich die Erkenntnis Bahn: Wenn das deutsche Volk nicht stark geschädigt werden soll, so muß der Kampf ein Ende haben; denn schon werden Verstimmung und Verbitterung wegen konfessioneller Zwistigkeiten in die bürgerlichen Kreise, in das geschäftliche Leben hineingetragen. Die Wahl eines Arztes nach konfessionellen Rücksichten ist heute schon keine Seltenheit mehr, und wenn die Fehde länger dauert, dann werden die kaufmännischen Geschäfte in den Städten dieselben Erfahrungen machen, wie draußen auf dem Lande, vor allem in der Diaspora. Man kauft dann nur noch bei seinen Glaubensgenossen ein. Das sind keine übertriebenen Schilderungen, keine Malereien schwarz in schwarz, sondern wahrheitsgetreue Darstellungen, die wahrhaftig zu denken geben. Wohin sind wir gekommen!

Aber kann man denn überhaupt ein halbwegs durchführbares Programm für eine solche neu zu schaffende Friedensliga aufstellen? Wir zweifeln nicht daran. Nur muß ein solches Programm alles ausschließen, was störend und hinderlich wäre. Vor allem müssen alle kühnen Hoffnungen auf eine förmliche Wiedervereinigung der beiden Kirchen als gänzlich aussichtslos aufgegeben werden. Romanismus und Protestantismus sind und bleiben seit dem Reichstag von Speier 1529, wo man zum ersten mal den Namen „Protestanten“ hörte, Gegensätze, die eine förmliche Ausöhnung und Verquickung niemals zulassen. Der Protestant denkt anders, empfindet anders und will etwas anderes als der Katholik. Die beiden gehn in ihren Lehr-, Heils- und Weltanschauungen völlig auseinander, wenn man die prinzipiellen Gegensätze nach der Theorie betrachtet. Aber es gilt zum Glück auch hier das Wort von der „grauen Theorie.“ Die geistige Luft, die beide atmen, der unausgesetzte gesellschaftliche Verkehr, die tausend gemischten Ehen — das alles kann unmöglich spurlos an den Zeitgenossen vorübergehn, und so geschieht es, daß sich tatsächlich zwischen dem Protestantismus und dem Katholizismus hundert Brücken finden, die auch für eine Friedensvereinigung recht wohl das Fundament bilden könnten.

Das von uns aufgestellte Programm lautet: „Unter Ausschluß aller rein politischen Fragen und unter Wahrung des Bekenntnisstandpunktes reichen sich alle Mitglieder zu dem Zweck die Hand, den konfessionellen Frieden zu schaffen, wo er zerrüttet ist, den Frieden zu pflegen und zu fördern, wo er bedroht ist.“ Man wende auch nicht ein, daß die Durchführung dieses Programms auf große Hindernisse stoße; denn noch immer pflegt sich ein Weg zu finden, wenn ein ernstes und energischer Wille vorliegt. So wird man auch hier Versammlungen, Vorträge über gemeinsame Berührungspunkte u. a. ganz leicht bewerkstelligen können. Man braucht ja nicht gleich an weltumgestaltende Einrichtungen zu denken. Es wird sich alles

ganz natürlich machen, und der Gewinn wäre der, daß sich die Vertreter der Konfessionen wieder näher kommen und sich achten lernen würden. Das alles ist ja durch den jahrelangen Kampf verloren gegangen.

Freilich hat man von protestantischer Seite vorgehalten: „Erst muß Rom seine Prinzipien gegenüber dem Protestantismus einer Revision unterziehen, dann erst kann es seinen Alerus zur Duldung erziehen, und dann erst kann Friede werden.“ Das ist an und für sich ganz richtig. Aber wenn wir Protestanten darauf warten wollen, dann können wir lange warten. Im übrigen ist ja die Praxis der katholischen Kirche nicht so fürchterlich. Wenn, wie vor einigen Tagen, bei der Einweihung einer evangelischen Kirche gleich mehrere katholische Priester zugegen sind, so ist doch da wenigstens von einer Zurücksetzung oder Nichtachtung des Protestantismus wahrhaftig keine Rede.

Die Frage, wer an die Spitze der neuen Liga treten und wer zu Mitgliedern geworben werden soll, kann man auch leicht beantworten. Keinesfalls die Geistlichkeit. Die protestantischen wenigstens scheinen, vereinzelt Ausnahmen abgerechnet, herzlich wenig Lust zur Sache zu verspüren; und die katholischen würden vermutlich von ihren Ordinariaten kaum die Erlaubnis zur Mitthätigkeit erhalten. Dann aber ist es Sache der protestantischen und der katholischen Bürger und Beamten, den Plan weiter zu verfolgen, und daß es da nicht an nationalgesinnten Männern fehlt, das ist uns zweifellos.

Die ganze Bewegung, die erst in diesen Monaten begonnen hat, geht von Mittel- und Norddeutschland aus. Es ist vor allem der Herausgeber der Zeitschrift „Die christliche Welt,“ Dr. Rade, der diese Schwentung, wie wir glauben, zu Ruß und Frommen des deutschen Volks gemacht hat.

Muß es denn immer das Schicksal des Südens sein, daß wir erst nachhinken? Können wir nicht gleich mithalten? Allerdings hat unser Nürnberg, das ziemlich fern vom konfessionellen Kriegsschauplatz steht, heute und morgen keine Veranlassung, die Friedensglocke zu läuten. Anders aber sind die Verhältnisse im südlichen Bayern. Dort ist die Stimmung sehr günstig. Wie wir hören regt es sich schon in Städten wie München und Augsburg, und wir können nur wünschen, daß dort die Bewegung nicht versande, sondern rasch um sich greife. Noch ist es Zeit, daß vieles gut gemacht wird.

Es war kein Geringerer als der Vorkämpfer des „Evangelischen Bundes,“ der verstorbene Professor Dr. Bepfschlag, der in einer Versammlung 1887 erklärte: „Eine Kirche, die ihre Fénelons und Pascals, ihre Sailer, ja auch ihre Sedlmayr, Amalte v. Lasaulx und Böllinger hervorbringen, wenn auch nicht immer bis ans Ende festhalten kann, ist des göttlichen Geistes noch nicht bar und ledig.“ Auf diese Tonart müssen wir alle wieder unsre Instrumente stimmen lernen, dann wird eine Vereinigung nicht zu lange auf sich warten lassen, und der Bund wird gute Früchte tragen, ihm selbst zur Ehre, der Kirche zum Heil, dem Vaterlande zum Nutzen.

Nürnberg

Julius Schiller

Bur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 1. Vierteljahr ihres 62. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnell zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im Dezember 1902

Die Verlagsbandlung

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig

